

Digitalisierung in Bremen 2030 – Souverän. Offen. Wirksam

Positionspapier zur Digitalisierung
anlässlich der gemeinsamen Klausurtagung von
Landesverband und Bürgerschaftsfraktion der CDU Bremen

beschlossen in Berlin, am 24. Januar 2026

Dieses Positionspapier beschreibt die strategische Haltung der CDU-Fraktion und des CDU-Landesverbands zur Digitalisierung in Bremen. Digitalisierung wird dabei nicht als technisches Modernisierungsprojekt verstanden, sondern als grundlegende Staats-, Struktur- und Standortfrage. Ziel ist eine leistungsfähige, souveräne und bürgernahe Verwaltung sowie ein innovationsfreundliches Umfeld für Wirtschaft, Forschung und Start-ups.

1. Ausgangslage und politische Zielsetzung

Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an staatliche Leistungen verändern sich grundlegend. Digitale Dienste sind im Alltag selbstverständlich – von Bankgeschäften über Mobilität bis zur Kommunikation. Auch an die öffentliche Verwaltung werden diese Maßstäbe angelegt. Der eGovernment Monitor 2025 zeigt, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung davon ausgeht, Verwaltungsleistungen bis 2030 vollständig digital erledigen zu können. Gleichzeitig werden konkrete Mehrwerte erwartet: schnellere Bearbeitung, verständliche Sprache, Transparenz über den Stand von Verfahren sowie erreichbare Ansprechpartner, wenn Unterstützung benötigt wird.

Bremen verfügt über einzelne erfolgreiche Digitalisierungsprojekte. Anwendungen wie ELFE Connect oder digitale Dolmetscherdienste zeigen, dass moderne,

nutzerfreundliche Lösungen möglich sind und bundesweit als Vorbild dienen können. Diese Projekte bleiben jedoch Ausnahmen. Viele Verwaltungsleistungen sind weiterhin papiergebunden, fragmentiert oder nur teilweise digitalisiert. Häufig müssen Bürgerinnen und Bürger trotz Online-Formularen persönlich erscheinen oder Unterlagen mehrfach einreichen.

Die CDU verfolgt daher das Ziel, Digitalisierung konsequent vom Nutzen her zu denken. Digitale Verwaltung soll Prozesse vereinfachen, staatliche Handlungsfähigkeit sichern und Vertrauen schaffen. Dieses Papier formuliert dafür ein strategisches Zielbild und konkrete Leitlinien.

2. Zielbild Bremen 2030

Im Jahr 2030 steht Bremen für eine Verwaltung, die digital handlungsfähig, organisatorisch modern und bürgerorientiert arbeitet. Digitale Verfahren sind der Regelfall, analoge Angebote stehen ergänzend zur Verfügung. Verwaltungshandeln orientiert sich an Lebenslagen statt an Zuständigkeiten.

Kernelemente dieses Zielbildes sind:

- Eine impulsgesteuerte Verwaltung, die Leistungen proaktiv anbietet
- Medienbruchfreie Prozesse vom Antrag bis zum Bescheid
- Klare Verantwortlichkeiten und transparente Abläufe
- Technologische Unabhängigkeit durch offene Standards
- Bremen als Referenzstandort für GovTech und Verwaltungsinnovation

Digitalisierung wird dabei als dauerhafte Führungsaufgabe verstanden, nicht als zeitlich begrenztes Projekt.

3. Prozessorientierte Digitalisierung statt digitalisierter Bürokratie

Erfolgreiche Digitalisierung bedeutet nicht, bestehende analoge Abläufe unverändert in Software zu überführen. Zu oft werden ineffiziente, historisch gewachsene Prozesse lediglich „digital abgebildet“ – mit dem Ergebnis, dass Bürokratie schneller, aber nicht besser wird. Die CDU setzt daher auf einen klaren Grundsatz: Nicht

Software wird an bestehende Prozesse angepasst, sondern Prozesse an erprobte, standardisierte Softwarelösungen. Das erfordert den Mut zur Prozesskritik, zur Vereinfachung von Zuständigkeiten und zur Abschaffung überholter Verfahrensschritte. Digitalisierung ist damit immer auch Organisationsreform. Dort wo Softwarelösungen erst entwickelt werden müssen, muss immer nutzerzentriert gedacht werden. Ziel ist eine schlanke, verständliche und effiziente Verwaltung, die ihre Abläufe konsequent am Nutzer- und Mehrwert ausrichtet.

4. Open Source und digitale Souveränität

Digitale Souveränität ist Voraussetzung staatlicher Handlungsfähigkeit. Sie bedeutet, die Kontrolle über Daten, Software und kritische Infrastrukturen zu behalten und Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu vermeiden. Proprietäre Monokulturen bergen Risiken für Datenschutz, IT-Sicherheit, Kostenentwicklung und langfristige Flexibilität.

Bremen nutzt bereits Open-Source-Lösungen in einzelnen Bereichen, verfolgt jedoch keine verbindliche Gesamtstrategie. Gleichzeitig werden großflächige Cloud-Lösungen internationaler Anbieter eingesetzt oder geplant. Diese widersprüchliche Entwicklung schwächt die digitale Souveränität des Landes.

Die CDU-Fraktion und die CDU Bremen setzen sich daher für eine verbindliche Open-Source-Strategie ein:

- Open Source als Standard bei Neuentwicklungen
- Proprietäre Software nur mit klarer Begründung
- Offene Standards und Schnittstellen in allen Ausschreibungen
- Umsetzung des Prinzips „Public Money, Public Code“
- Schrittweiser Aufbau einer offenen Büro- und Kollaborationsplattform

Dieser Ansatz stärkt Transparenz, Sicherheit und lokale Wertschöpfung und schafft zugleich neue Chancen für regionale IT-Unternehmen.

5. Impulsgesteuerte Verwaltung und proaktive Services

Eine moderne Verwaltung wartet nicht auf Anträge, sondern handelt vorausschauend. Impulsgesteuerte Verwaltung bedeutet, dass staatliche Leistungen automatisch angeboten werden, wenn sich Lebenslagen ändern – etwa bei Geburt, Umzug, Ausbildungsbeginn oder Renteneintritt.

In Bremen existieren erste Ansätze, etwa durch das Once-Only-Prinzip bei ELFE Connect. Diese Logik muss konsequent ausgeweitet werden. Voraussetzung dafür sind:

- Die vollständige Registermodernisierung
- Interoperable Datenstrukturen
- Digitale Identitäten und Berechtigungsmanagement
- Klare rechtliche Grundlagen für Datennutzung

Künstliche Intelligenz kann diese Prozesse unterstützen, indem sie Routineaufgaben übernimmt, Vorgänge vorbereitet oder Informationen verständlich aufbereitet. KI dient dabei als Assistenzsystem, nicht als Ersatz menschlicher Verantwortung. Transparenz, Datenschutz und Nachvollziehbarkeit sind zwingende Voraussetzungen.

6. Deutschland-Stack und föderale Modernisierung

Mit dem Deutschland-Stack als nationale souveräne Technologie-Plattform und der föderalen Modernisierungsagenda werden bundesweit neue Rahmenbedingungen für die Verwaltungsdigitalisierung geschaffen. Ziel ist eine einheitliche technische Basis, die Nachnutzung ermöglicht und Medienbrüche reduziert.

Für Bremen ergibt sich daraus eine doppelte Aufgabe:

- Aktive Mitgestaltung auf Bundes- und Länderebene
- Konsequente Umsetzung im eigenen Verantwortungsbereich

Bremen sollte sich im IT-Planungsrat und in der FitKo für verbindliche Standards und Schnittstelle, offene Architekturen und nachhaltige Finanzierung einsetzen.

105 Eigene Entwicklungen müssen von Beginn an auf Nachnutzung ausgelegt werden.
106 Die föderale Modernisierungsagenda darf nicht in abstrakten Maßnahmenkatalogen
107 verharren, sondern muss zu spürbaren Verbesserungen im Alltag führen.

108 **7. Automatisierung als Schlüssel für Leistungsfähigkeit und Entlastung**

109 Neben der Digitalisierung von Schnittstellen und Services ist die konsequente Au-
110 tomatisierung interner Verwaltungsabläufe ein zentraler Hebel für einen hand-
111 lungsfähigen Staat. Automatisierung bedeutet, wiederkehrende, regelbasierte Vor-
112 gänge – etwa Prüfungen, Fristenläufe oder Standardentscheidungen – systema-
113 tisch zu automatisieren und so Bearbeitungszeiten zu verkürzen sowie Mitarbei-
114 tende zu entlasten. Angesichts des Fachkräftemangels in der Verwaltung ist dies
115 kein optionaler Effizienzgewinn, sondern eine strukturelle Notwendigkeit. Automa-
116 tisierung schafft Freiräume für persönliche Beratung, komplexe Entscheidungen
117 und hoheitliche Verantwortung. Sie muss dabei transparent, rechtssicher und kon-
118 trollierbar ausgestaltet sein und dient stets dem Ziel, staatliche Leistungsfähigkeit
119 langfristig zu sichern.

120 **8. Bremen als GovTech- und Startup-Standort**

121 Bremen verfügt über leistungsfähige Hochschulen, Forschungseinrichtungen und
122 Netzwerke. Dennoch scheitern viele digitale Gründungen an Finanzierungslücken,
123 bürokratischen Hürden und fehlenden Referenzprojekten.

124 Die öffentliche Verwaltung kann hier eine Schlüsselrolle einnehmen:

- 125 - Aufbau eines GovTech-Accelerators mit Reallaboren
- 126 - Startup-taugliche Vergabe- und Pilotverfahren
- 127 - Bündelung von Förderprogrammen in einer zentralen Anlaufstelle
- 128 - Stärkere Verankerung von Entrepreneurship in Studium und Ausbildung

129 Verwaltung wird so nicht nur Anwender, sondern Innovationstreiber.

130 **9. „Die ganze Verwaltung in der Hosentasche“ – Bremen-App für staatliche**
131 **Leistungen**

132 Bremen braucht einen zentralen, verbindlichen Zugang zu allen digitalen Verwal-
133 tungsleistungen: eine Bremen-App, die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger
134 einfach, transparent und jederzeit nutzbar macht. Egal ob mobil auf dem Smart-
135 phone, dem Tablet oder Desktop.

136 Nach dem Vorbild der estnischen Plattform Eesti.ee bündelt die Bremen-App alle
137 wesentlichen Verwaltungsfunktionen in einer einzigen, sicheren Anwendung. Ziel
138 ist nicht eine weitere Oberfläche, sondern der zentrale digitale Staatseingang für
139 das Land Bremen und Anwendungen des Bundes.

140 Die Bremen-App ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern:

141 **Zentraler Zugang zu Verwaltungsleistungen**

142 Beantragung, Statusverfolgung und Empfang von Bescheiden für alle relevanten
143 Leistungen – medienbruchfrei und verständlich.

144 **Transparenz über staatliche Datennutzung**

145 Bürgerinnen und Bürger können jederzeit einsehen,

- 146 • welche Behörde auf welche Daten zugegriffen hat
- 147 • zu welchem Zweck
- 148 • auf welcher Rechtsgrundlage.

149 **Behördliche Kommunikation an einem Ort**

150 Zustellungen, Rückfragen, Fristen und Nachrichten erfolgen zentral über die App –
151 verbindlich, nachvollziehbar und rechtssicher.

152 **Lebenslagenorientierte Services**

153 Eltern erhalten Kita- und Schulinformationen ihrer Kinder, Bescheide, Termine und
154 Hinweise gebündelt. Bei Ereignissen wie Geburt, Umzug oder Ausbildungsbeginn
155 werden passende Leistungen automatisch vorgeschlagen.

Direkte Beteiligung & Stadtservice

Schäden im öffentlichen Raum können per Karte gemeldet werden, Anliegen lassen sich ortsbezogen und niedrigschwellig einreichen.

Digitale Identität & integrierte Bundes-Wallets

Die Bremen-App schafft keine eigene digitale Identität, sondern bündelt und integriert die vom Bund bereitgestellten Identitäts- und Wallet-Lösungen in einer zentralen Anwendung.

Bestehende und künftige Angebote – etwa im Rahmen der EU Digital Identity Wallet sowie bestehende Fachanwendungen wie i-Kfz App – werden so eingebunden, dass Bürgerinnen und Bürger nicht mehrere staatliche Apps parallel nutzen müssen.

Die Bremen-App fungiert als einheitliches Frontend:

- für digitale Ausweise und Nachweise,
- für Identifikations- und Authentifizierungsprozesse,
- für den sicheren Zugriff auf Verwaltungsleistungen von Land und Bund.

Ziel ist ein medienbruchfreier, nutzerfreundlicher Zugang, bei dem bundesweite Standards genutzt und Landesleistungen intelligent ergänzt werden – ohne Doppelstrukturen, ohne zusätzliche Wallets, ohne neue Insellösungen.

10. Digitale Inklusion – Zugang für alle schaffen

Die Zustimmung zu digitalen Verwaltungsleistungen ist hoch, doch viele Menschen wünschen sich klare Unterstützung. Studien zur Akzeptanz digitaler Verwaltung belegen, dass vereinfachte Sprache, telefonische Hilfe und persönliche Anlaufstellen zu den wichtigsten Voraussetzungen gehören. Jüngere Menschen legen vor allem Wert auf schnelle Bearbeitung, während ältere Generationen einfachen Texten und verständlichen Erklärungen den Vorrang geben. Diese Ergebnisse zeigen, dass „Digital Only“ nicht „Online Only“ heißen darf. Digitale Verwaltung muss für alle zugänglich sein und darf niemanden ausschließen.

183 Um diesem Anspruch gerecht zu werden, schlägt die CDU folgende Maßnahmen
184 vor:

185 **Umfassende Digitalkompetenzprogramme**

186 Wer digitale Services nutzen will, braucht grundlegende Kenntnisse. Bremen sollte
187 ein landesweites Schulungsangebot für digitale Kompetenzen aufbauen. Volks-
188 hochschulen, Bibliotheken und Seniorenbüros werden zu Lernorten für den Um-
189 gang mit Apps, Formularen und Identitätsdiensten. Digitale Lotsen in Quartieren
190 unterstützen vor Ort; Schulen und Betriebe integrieren Medienkompetenz in ihren
191 Lehr- und Ausbildungsplänen. Für Menschen mit geringem Einkommen sollte der
192 Zugang zu Geräten und Internet gefördert werden, beispielsweise durch Zu-
193 schussprogramme oder Leihgeräte.

194 **Barrierefreie Gestaltung und Leichte Sprache**

195 Alle digitalen Anwendungen der Verwaltung müssen barrierefrei sein – gemäß den
196 Richtlinien der Barrierefreien Informationstechnik (BITV) und der Web Content Ac-
197 cessibility Guidelines. Texte werden in Leichter Sprache und mehreren Sprachen
198 angeboten; Formulare nutzen klare Struktur, übersichtliche Navigation und Vor-
199 lesefunktionen. Audioguides und Gebärdensprachvideos ergänzen die Angebote.
200 Komplexe Behördenvorgänge werden schrittweise erklärt; Chatbots und Videos
201 helfen bei der Orientierung.

202 **Analoge und telefonische Unterstützung verankern**

203 Digitale Verfahren sollen begleitet werden durch erreichbare Hotlines und Service-
204 zentren. Bürgerbüros, Bibliotheken und mobile Beratungsstellen bleiben zentrale
205 Anlaufpunkte für diejenigen, die persönlichen Kontakt wünschen. Mitarbeitende
206 werden zu „Digital-Lotsen“ fortgebildet, die Anträge gemeinsam mit Bürgerinnen
207 und Bürgern ausfüllen. Telefonische Beratung wird ausgebaut; Rückrufe sind ver-
208 bindlich und erfolgen innerhalb kurzer Fristen. Für häufig genutzte Services wer-
209 den erklärende Videos und Leitfäden bereitgestellt.

210 **Zugangspunkte schaffen**

211 Nicht alle Bürgerinnen und Bürger haben zuhause einen zuverlässigen Internetan-
212 schluss oder ein geeignetes Gerät. Digitale Serviceterminals in Stadtteilzentren,
213 Bürgerbüros oder Einkaufszentren bieten die Möglichkeit, Anträge vor Ort digital
214 zu stellen. Öffentliche WLAN-Zugänge werden flächendeckend ausgebaut, und in
215 sozialen Einrichtungen werden Arbeitsplätze mit PCs oder Tablets zur Verfügung
216 gestellt.

217 **Datensouveränität und Vertrauen stärken**

218 Digitale Inklusion braucht Vertrauen. Bürgerinnen und Bürger müssen nachvollzie-
219 hen können, wie ihre Daten verarbeitet werden und welche Vorteile sie erhalten.
220 Transparente Datenschutz-Informationen, verständliche Zustimmungserklärungen
221 und leicht zugängliche Widerspruchsmöglichkeiten tragen dazu bei, Unsicherhei-
222 ten abzubauen. Persönliche Daten dürfen nur so lange und so weit verarbeitet
223 werden, wie dies zur Erbringung der Leistung erforderlich ist.

224 **Monitoring und Beteiligung**

225 Die Bedarfe der Bevölkerung ändern sich. Bremen sollte eine regelmäßige Evalua-
226 tion der digitalen Services durchführen, Nutzerinnen und Nutzer beteiligen und
227 Verbesserungen schnell umsetzen. Feedbackkanäle werden in alle Anwendungen
228 integriert; Bürgerbeiräte begleiten die Umsetzung digitaler Projekte und achten
229 darauf, dass die Bedarfe vulnerabler Gruppen berücksichtigt werden.

230 Digitale Verwaltung kann nur erfolgreich sein, wenn sie alle Menschen mitnimmt.
231 Durch Schulungsangebote, barrierefreie Gestaltung, analoge Unterstützung und
232 transparente Prozesse wird gewährleistet, dass niemand auf der Strecke bleibt.

233 **11. Leitlinien und Kernforderungen**

234 **1. Nutzer statt Zuständigkeiten**

235 Digitale Verwaltung wird konsequent aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ge-
236 dacht: lebenslagenorientiert, verständlich und medienbruchfrei. Verwaltungserfolg

237 misst sich am tatsächlichen Nutzen im Alltag – nicht an der Zahl digitaler Formu-
238 lare.

239 **2. Ein digitaler Staatseingang für Bremen**

240 Mit der Bremen-App schaffen wir einen zentralen Zugang zu allen Verwaltungs-
241 leistungen – integriert mit den digitalen Identitäts- und Wallet-Lösungen von Bund
242 und EU. Eine Verwaltung, eine App, kein App-Chaos.

243 **3. Digitale Souveränität durch Open Source**

244 Open Source wird zum Standard staatlicher IT-Entwicklung, proprietäre Lösungen
245 bleiben die begründete Ausnahme. „Public Money, Public Code“ sichert Transpa-
246 renz, Sicherheit, Nachnutzbarkeit und technologische Unabhängigkeit.

247 **4. Proaktiv, automatisiert, handlungsfähig**

248 Registermodernisierung, Automatisierung und KI-gestützte Assistenzsysteme ma-
249 chen Verwaltung schneller und entlasten Beschäftigte. Der Staat handelt voraus-
250 schauend, transparent und rechtssicher – statt reaktiv und papiergebunden.

251 **5. Bremen als Gestalter im digitalen Föderalismus**

252 Bremen beteiligt sich aktiv an Deutschland-Stack und föderaler Modernisierungsa-
253 genda und entwickelt Lösungen von Beginn an nachnutzbar. Als kleines Land mit
254 kurzen Wegen übernehmen wir Verantwortung und setzen Standards.

255 **10. Schlussbemerkung**

256 Digitalisierung entscheidet über Effizienz, Vertrauen und Zukunftsfähigkeit staatli-
257 chen Handelns. Bremen kann aufgrund seiner Größe, seiner Hochschullandschaft
258 und seiner Innovationskraft eine Vorreiterrolle einnehmen. Voraussetzung dafür
259 sind klare Prioritäten, politische Führung und der Mut zu strukturellen Veränderun-
260 gen.

261